

III. Lehr- und Studienangelegenheiten

Ordnung für die Prüfung im Weiterbildungs-Studiengang Master Kindheits- und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz vom 08.06.2015

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2014 (GVBl. S. 125), hat der Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz am 20.05.2015 per Eilentscheidung die folgende Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Kindheits- und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz beschlossen.

Diese Prüfungsordnung wurde vom Präsidenten der Hochschule Koblenz am 27.05.2015 genehmigt.

Sie wird hiermit bekannt gegeben.

Die Reihenfolge und die Nummerierung der Paragraphen und Absätze entsprechen derjenigen der aktuellen Musterprüfungsordnung der Hochschule Koblenz. Dadurch soll die Vergleichbarkeit der verschiedenen Prüfungsordnungen der Hochschule erleichtert werden. Entfallene Paragraphen oder Absätze der Muster-PO sind mit „nicht einschlägig“ gekennzeichnet.

INHALT

I. Allgemeines	
§ 1 Zweck und Umfang der Masterprüfung.....	
§ 2 Abschlussgrad.....	
§ 3 Zugangsvoraussetzungen	
§ 4 Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebotes.....	
§ 5 Prüfungsausschuss	
§ 6 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Abschlussarbeit	
II. Module, Prüfungen und Studienleistungen	
§ 7 Prüfungs- und Studienleistungen.....	
§ 8 Studienzeiten und Fristen.....	
§ 9 Mündliche Prüfungen.....	
§ 10 Schriftliche Prüfungen	
§ 11 Projektarbeit	
§ 12 Nicht einschlägig	
§ 13 Abschlussarbeit	
§ 14 Nicht einschlägig	
§ 15 Bewertung der Module, Prüfungen und Studienleistungen und Bildung der Noten	
§ 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß.....	
§ 17 Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung.....	
§ 18 Wiederholung von Prüfungen und Abschlussarbeit.....	
§ 19 Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen	
§ 20 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis	
§ 21 Urkunde.....	
III. Schlussbestimmungen	
§ 22 Ungültigkeit der Masterprüfung.....	
§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten.....	
§ 24 Inkrafttreten	

Anlage 1	Eignungsprüfungsordnung
Anlage 2	Studienverlaufsplan Vertiefung Management & Beratung (MB)
Anlage 3	Studienverlaufsplan Vertiefung Kinderschutz & Diagnostik (KD)
Anlage 4	Studienverlaufsplan Vertiefung Bewegung & Gesundheit (BG)
Anlage 5	Studienverlaufsplan Vertiefung Kreativität & Kultur (KK)

I. Allgemeines

§1

Zweck und Umfang der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Weiterbildungs- und Fernstudiengangs Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften. Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden auf der Grundlage vertiefter wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden die notwendigen zusätzlichen Qualifikationen erworben haben, die sie befähigen, Führungspositionen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Positionen in der Wissenschaft und Forschung zu übernehmen sowie ein Promotionsprojekt aufzunehmen. Die Masterprüfung besteht aus

1. den Modulen, die in der Anlage dieser Prüfungsordnung aufgeführt sind,
2. der Masterthesis gem. §13,

2. Die Art der zu erbringenden Leistungen wird den Studierenden vom Prüfungsausschuss zu Beginn der jeweiligen Lehrveranstaltung bekanntgegeben.

§2

Abschlussgrad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Arts“ (M.A.) verliehen.

§3

Zugangsvoraussetzungen

(1) Die allgemeinen Zugangsvoraussetzungen nach § 65 HochSchG müssen erfüllt sein.

(2) Eine qualifizierte berufspraktische einschlägige Erfahrung von mindestens einem Jahr. Darunter sind Tätigkeiten in den Feldern der Kindheitspädagogik, Sozialen Arbeit und des Sozialmanagements zu verstehen. Im Zweifelsfall entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Nicht einschlägig.

(4) Zugangsvoraussetzung für den Weiterbildungs- und Fernstudiengang Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften ist ein berufsqualifizierender Hochschulabschluss mit 210 Credit-Points. Hat die Bewerberin oder der Bewerber einen grundständigen Studienabschluss mit weniger als 210 Credit-Points, sind die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten durch den Nachweis einschlägiger anrechnungsfähiger erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten (Praxis) im Sinne von § 19 Abs. 4 und/oder durch das erfolgreiche Absolvieren zusätzlicher Module aus den kindheits-, sozial- oder wirtschaftswissenschaftlichen Kernbereichen zu erbringen. Eine Zulassung erfolgt unter Vorbehalt der Nachweiserbringung bis zur Anmeldung der Master-Thesis.

(5) Zum Studium können auch Bewerberinnen und Bewerber ohne einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss zugelassen werden, wenn eine mindestens dreijährige einschlägige Berufstätigkeit absolviert und eine Eignungsprüfung der Hochschule bestanden wurde, durch die die Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation mit der eines abgeschlossenen grundständigen Studiums festgestellt wird (gem. § 35 (1) HochSchG). Das für die Eignungsprüfung maßgebliche Verfahren regelt die Anlage 1 zur Prüfungsordnung.

(6) In begründeten Ausnahmefällen kann das Masterstudium bereits aufgenommen werden bevor die Abschlussprüfung des Bachelorstudiengangs abgeschlossen ist, sofern der Umfang der fehlenden Leistungen nicht mehr als 15 Credit-Points übersteigt. Über den Zugang entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Einschreibung erlischt, wenn die Zugangsvoraussetzungen nicht bis zum Ende des ersten Semesters nachgewiesen werden.

(7) Personen, die sich für ein Studium bewerben, ist die Einschreibung zu versagen, wenn sie an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland bereits in dem gewählten Studiengang oder insgesamt in zwei Studiengängen den Prüfungsanspruch verloren haben.

(8) Die Prüfung der Zugangsvoraussetzungen obliegt dem Studierendenservice der ZFH. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(9) Für den Fall der Festlegung von Zulassungszahlen für den Studiengang, erfolgt die Auswahl zum Studium auf Grundlage einer vom Senat der Hochschule Koblenz zu beschließenden Auswahlsetzung.

§4

Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebotes

(1) Die Studienzeit, in der das Studium in der Regel abgeschlossen wird (Regelstudienzeit), beträgt 4 Semester. Die Regelstudienzeit schließt Prüfungszeiten ein. Insgesamt ist dem Studium eine Arbeitsbelastung entsprechend 90 Credit-Points nach dem European Credit Transfer System zugeordnet. Die Regelstudienzeit verlängert sich um ein Semester, falls die oder der Studierende in Lauf dieses Masterstudienganges noch fehlende Leistungen im Umfang von mehr als 15 CP nachweisen muss, sofern die Regelstudienzeit aus dem zugrundeliegenden ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss und diesem Masterstudiengang zusammen dadurch nicht zehn Semester übersteigt.

(2) Nicht einschlägig.

(3) Das für den Studiengang vorgesehene Lehrangebot unterteilt sich in übergreifende Module (Pflichtmodule) und mit der Bewerbung zu wählende Vertiefungsmodule (Wahlpflichtmodule). Einzelheiten regelt die Anlage 2-5 (Studienverlaufsplan). Pro Studienjahr sollen 45 Credit-Points erworben werden. Studierende, die im ersten Studienjahr weniger als 25 Credit-Points erworben haben, müssen an einer fachbezogenen Studienberatung teilnehmen.

(4) Die Prüfungen können auch vor dem in der Anlage „Studienverlaufsplan“ „aufgeführten Semester abgelegt werden, sofern die Zulassungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 4 erfüllt sind.

§5

Prüfungsausschuss

(1) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

Mindestens drei Professorinnen oder Professoren,
ein studentisches Mitglied und
ein Mitglied aus den Gruppen gem. § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG.

(2) Die Mitglieder werden vom Fachbereichsrat, das vorsitzende Mitglied und die Stellvertretung vom Prüfungsausschuss gewählt. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch Nachwahl für den Rest der Amtszeit ersetzt.

(3) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und für Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten zuständig. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses berichtet dem Fachbereich über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen

Bearbeitungszeiten für die Abschlussarbeit sowie über die Verteilung der Modul- und Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und beachtet die Prinzipien von Diversität und Gender-Mainstreaming.

(4) Der Prüfungsausschuss kann einzelne Aufgaben dem vorsitzenden Mitglied übertragen. Ablehnende Entscheidungen kann nur der Prüfungsausschuss treffen, soweit eine entsprechende Entscheidungspraxis in vergleichbaren Angelegenheiten noch nicht besteht. Über Widersprüche entscheidet der Prüfungsausschuss. In dringenden Fällen kann der Prüfungsausschuss Entscheidungen im Umlaufverfahren treffen.

(5) Vorsitz und Stellvertretung werden von einer Professorin oder einem Professor wahrgenommen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei den Prüfungen zugegen zu sein, soweit sie sich nicht im gleichen Zeitraum zu derselben Prüfung angemeldet haben.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Dies ist zu dokumentieren.

(7) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder, darunter das vorsitzende oder das stellvertretende Mitglied, anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds. Bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung und Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen sind nur die Mitglieder stimmberechtigt, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Das studentische Mitglied nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben betreffen, nicht teil. Bei der Beratung und Beschlussfassung, welche die eigene Prüfung betreffen, kann das studentische Mitglied nicht teilnehmen und kann durch ihr bzw. sein Ersatzmitglied vertreten werden.

(8) Über die Beratungen des Prüfungsausschusses wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt.

§6

Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Abschlussarbeit

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt Prüfende, Beisitzende sowie Betreuende der Abschlussarbeit.

(2) Zu Prüfenden können nur Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, Professorinnen und Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen oder Honorarprofessoren und Habilitierte, Lehrbeauftragte, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter bestellt werden, soweit diese Lehraufgaben leisten oder in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine Lehrtätigkeit ausgeübt haben.

(3) Zu Prüfenden, Beisitzenden und Betreuenden der Abschlussarbeit können nur Personen, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen, bestellt werden.

(4) Zu Betreuenden der Abschlussarbeit können Personen gemäß Absatz 0 bestellt werden.

(5) Die Studierenden können für die Abschlussarbeit die Betreuende oder den Betreuenden vorschlagen. Dieser Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.

(6) Für Prüfende, Beisitzende und Betreuende der Abschlussarbeit gilt § 5 (6) Satz 2 und 3 entsprechend.

II. Module, Prüfungen und Studienleistungen

§7

Prüfungs- und Studienleistungen

(1) Module schließen in der Regel mit einer Modulprüfung ab. Die Prüfungen finden studienbegleitend statt. Module, die sich mit Themen befassen, die nicht ausschließlich zum Kernbereich des Studiums gehören, aber für eine fundierte akademische Ausbildung unabdingbar sind, können mit einer Studienleistung abschließen. Hierfür werden die in der Anlage (Studienverlaufsplan) ausgewiesenen Credit-Points dieser Module gewährt, wenn die Studienleistung bestanden wurde.

(2) Prüfungsleistungen sind:

1. mündliche Prüfungen gem. §9,
2. schriftliche Prüfungen gem. §10,
3. Projektarbeiten gem. §11,
4. nicht einschlägig,
5. die Abschlussarbeit gem. §13.

(3) Studienleistungen werden in Form von schriftlichen und/oder mündlichen Leistungen wie z.B. Klausuren, Hausarbeiten, Referaten, praktischen Übungsleistungen, Projektarbeiten, Experimenten, Präsentationen, Kolloquien oder auch als Kombination der genannten Möglichkeiten erbracht. Studienleistungen gem. Anlage 2-5 werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet und die hierzu ausgewiesenen Credit Points vergeben sowie entsprechend in den Zeugnisse abgebildet.

(4) Studien- und Prüfungsleistungen können nur erbracht und bescheinigt werden, wenn die oder der Studierende an der Hochschule Koblenz in dem jeweiligen Studiengang eingeschrieben ist. § 67 Abs. 4 HochSchG (Frühstudierende) bleibt unberührt.

(5) Der Prüfungsausschuss legt die Termine der Prüfungs- und Studienleistungen fest und bestimmt, bis zu welchem Zeitpunkt die Meldung zu den Leistungen mit den erforderlichen Unterlagen spätestens vorliegen muss. Er bestimmt ebenfalls, bis zu welchem Zeitpunkt die Studierenden ihre Anmeldungen zurücknehmen können. Nach diesem Zeitpunkt ist die Anmeldung verbindlich und aktenkundig zu machen. Die erstmalige Anmeldung zu einer Prüfungsleistung gilt auch als Anmeldung für etwaige Wiederholungen dieser Prüfungsleistung nach § 18 Abs. 3.

(6) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden, die An- und Abmeldefristen zu den Prüfungs- und Studienleistungen sowie der Prüfungszeitraum zu Beginn der jeweiligen Lehrveranstaltung bekannt gegeben werden.

(7) Nicht einschlägig.

§8

Studienzeiten und Fristen

(1) Versichern Studierende schriftlich, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung nicht in der Lage sind, Prüfungsleistungen teilweise oder ganz in der vorgesehenen Form und/oder Frist abzulegen, so hat der Prüfungsausschuss zu gestatten, die Leistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Leistungen in anderer Form zu erbringen (Benachteiligungsausgleich). Dazu kann in der Regel die Vorlage eines ärztlichen Attest oder auch eines psychologischen Gutachtens einer oder eines gemäß PsychThG anerkannten Psychotherapeutin oder Psychotherapeuten verlangt werden. Ärztliche Atteste und psychologische Gutachten müssen inhaltlich konkret sein und zweifelsfrei erkennen lassen, welche Behinderung oder Beeinträchtigung vorliegt und worauf die Unfähigkeit zur Erbringung von Prüfungs- und Studienleistungen in der vorgesehenen Form und/oder Frist beruht. In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest gefordert werden. Der Beauftragte für die Belange behinderter oder beeinträchtigter Studierender ist anzuhören (gemäß Diversity-Audit der Hochschule Koblenz).

(2) Bei der Berechnung der Regelstudienzeit und sonstiger Studienzeiten, die für die Einhaltung einer für die Meldung zu einer Prüfung oder ihrer Wiederholung vorgeschriebenen Frist maßgeblich sind, werden Verlängerungen und Unterbrechungen nicht berücksichtigt, soweit diese bedingt waren

1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks,
2. durch Krankheit, eine Behinderung/ Beeinträchtigung oder andere von den Studierenden nicht zu vertretende Gründe oder
3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes; in diesen Fällen ist mindestens die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit nach Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu ermöglichen,
4. durch die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen,
5. durch ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium bis zu zwei Semestern; dies gilt nicht für Auslandsstudienzeiten, die nach der Prüfungsordnung abzuleisten sind oder
6. durch betriebliche Belange im Rahmen eines berufsbegleitenden, berufsintegrierenden oder dualen Studiums. Der Prüfungsausschuss entscheidet abschließend über die durch den Betrieb schriftlich dargelegte Notwendigkeit zur Fristverlängerung.

§9

Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. Durch mündliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden über ein breites Grundlagenwissen verfügen.

(2) Als mündliche Prüfungen im Sinne der Prüfungsordnung gelten Prüfungsgespräche, mündlich vorgetragene Präsentationen, Kolloquien, Vorträge und vergleichbare Formen.

(3) Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüfenden oder von einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines sachkundigen Beisitzenden abgenommen. Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen dürfen nicht mehr als 3 Studierende teilnehmen.

- (4) Sofern in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, dauern mündliche Prüfungen in der Regel 20 Minuten für jede zu prüfende Person.
- (5) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll (ggf. für die einzelnen Studierenden) festzuhalten. Die Prüfenden hören vor der Festsetzung der Note die Beisitzenden. Die Anfertigung des Protokolls in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.
- (6) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die zu Prüfenden haben bei der Meldung zur Prüfung widersprochen.
- (7) Auf Antrag Studierender kann die zentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte oder die des Fachbereichs bei mündlichen Prüfungen teilnehmen.
- (8) Auf Antrag behinderter Studierender kann die oder der Beauftragte für die Belange Studierender mit Behinderung bei mündlichen Prüfungen teilnehmen.

§10

Schriftliche Prüfungen

- (1) In schriftlichen Prüfungen (Klausuren und Hausarbeiten) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit Probleme erkennen und mit fachspezifischen wissenschaftlichen Methoden Lösungen entwickeln können.
- (2) Klausuren dauern von 60 bis 120 Minuten und werden im Falle der letzten Wiederholungsprüfung als mündliche Prüfung von zwei Prüfenden durchgeführt und bewertet.
- (3) Hausarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Bei Gruppenarbeiten muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein. Hausarbeiten können durch eine mündliche Prüfungsleistung ergänzt werden, bei der auch die Eigenständigkeit der Leistung der oder des Studierenden überprüft wird. Diese ergänzende mündliche Prüfung wird durchgeführt von der oder dem Prüfenden, der die Hausarbeit im Rahmen der Lehrveranstaltung oder eines Projekts betreut hat. Für diese ergänzende mündliche Prüfung gelten die Bestimmungen des § 15. Die Gewichtung der Note zu beiden Prüfungsteilen wird von dem oder der Prüfenden zu Beginn der jeweiligen Lehrveranstaltung festgesetzt und bekanntgegeben.
- (4) Schriftliche Prüfungen sind in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten.
- (5) Multiple-Choice-Prüfungen sind auch in Teilaufgaben ausgeschlossen.
- (6) Bei schriftlichen Prüfungen gibt der Prüfungsausschuss das Prüfungsergebnis den Prüfungsteilnehmern in dem im Fachbereich verwendeten elektronischen Prüfungsmanagementsystem bekannt. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist den Studierenden an der amtlichen Mitteilungstafel des Fachbereichs bekanntzugeben und zu dokumentieren. Die Prüfungsergebnisse sind bis zur Exmatrikulation aus dem Studiengang einsehbar.

§11

Projektarbeit

- (1) Durch Projektarbeiten wird die Fähigkeit zur Teamarbeit und insbesondere zur Entwicklung, Durchsetzung und Präsentation von Konzepten nachgewiesen. Hierbei sollen die Studierenden zeigen, dass sie an einer größeren Aufgabe Ziele definieren sowie interdisziplinäre Lösungsansätze und Konzepte erarbeiten können.

(2) Die Dauer der Bearbeitungszeit wird vom dem Lehrenden in dem jeweiligen Modul bestimmt und beträgt mindestens 2 Wochen. § 10 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.

§12

Nicht einschlägig.

§13 Abschlussarbeit

(1) Die Masterthesis als Abschlussarbeit soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Fachproblem selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Zur Abschlussarbeit kann nur zugelassen werden, wer mindestens 60 Credit-Points erbracht hat. Dabei müssen verpflichtend Modul 1 - 4 sowie Modul 10 der jeweiligen Vertiefung absolviert sein. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Zulassung zur Abschlussprüfung setzt außerdem voraus, dass sämtliche fehlenden Leistungen gemäß § 3 Abs. 4 S. 2 erbracht wurden.

(3) Das Thema der Abschlussarbeit kann von jedem der nach § 6 Abs. 2 Prüfungsberechtigten ausgegeben werden. Auf Antrag der Studierenden sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass sie ein Thema für eine Abschlussarbeit erhalten. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen (Beginn der Bearbeitungszeit).

(4) Die Bearbeitungszeit beträgt einschließlich der Anfertigung der schriftlichen Ausarbeitung 16 Wochen. Sie kann im Einzelfall durch den Prüfungsausschuss aufgrund eines schriftlich begründeten Antrags um bis zu 4 Wochen verlängert werden. Die Fristverlängerungen gemäß § 8 Abs. 2 bleiben davon unberührt.

(5) Thema und Umfang der Abschlussarbeit müssen so gestellt sein, dass die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. Den Studierenden ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Abschlussarbeit Vorschläge zu machen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 4 Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(6) Abschlussarbeiten können auch als Gruppenarbeiten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 0 erfüllt.

(7) Die schriftliche Ausarbeitung zur Abschlussarbeit muss dem Prüfungsausschuss fristgerecht in deutscher oder nach Absprache mit der betreuenden Person in englischer Sprache in dreifacher Ausfertigung in gedruckter und gebundener Form im DIN A4 Format, inklusiv beigefügter digitaler Version pro gebundene Ausgabe zugehen. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabepunkt ist aktenkundig zu machen. Ist die schriftliche Ausarbeitung zur Abschlussarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt die Abschlussarbeit als nicht bestanden.

(8) Die Abschlussarbeit ist von zwei Personen, die als Prüfende zugelassen sind, zu bewerten. Eine der beiden Personen muss die Arbeit betreut haben. Eine der beiden prüfenden Personen muss Hochschullehrer/ Hochschullehrerin sein. Einer dieser beiden Personen muss Mitglied der Hochschule Koblenz sein. Die Abschlussarbeit ist in der Regel innerhalb von 8 Wochen zu bewerten.

(9) Nicht einschlägig.

§14

Nicht einschlägig.

§15

Bewertung der Module, Prüfungen und Studienleistungen und Bildung der Noten

(1) Zur Bewertung des Studienaufwands sind jedem Modul Credit-Points zugeordnet. Im Masterstudiengang können max. 90 Credit-Points erworben werden. Mit den Credit-Points ist keine qualitative Leistungsbewertung verbunden.

(2) Um neben der Bewertung des Studienaufwands auch die individuelle qualitative Leistung auszudrücken, werden die den Modulen zugeordneten studienbegleitenden Prüfungen gemäß Abs. (3) bewertet.

(3) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(4) Zur differenzierten Bewertung einer Prüfung können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte angehoben oder abgesenkt werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(5) Bei der Bewertung durch mehrere Prüfende und nicht übereinstimmender Bewertung der Prüfungen entscheidet der Prüfungsausschuss im Rahmen der abgegebenen Noten gebildet.

(6) Eine Modulprüfung besteht in der Regel aus einer Prüfung, die sich auf die Stoffgebiete aller Lehrveranstaltungen des Moduls erstreckt.

(7) Ein Modul ist bestanden, wenn die zu diesem Modul gehörende Prüfungsleistung bestanden und zugehörige Studienleistungen erbracht worden sind. Nur in diesem Falle werden die dem Modul zugeordneten Credit-Points angerechnet. Für jedes Modul können nur einmal Credit-Points erworben werden.

(8) Zur Umrechnung der Noten, entsprechend der ECTS-Bewertungsskala, gelten die Regeln der Kultusministerkonferenz (KMK) in der jeweils gültigen Fassung.

(9) Eine Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn diese nicht mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde und alle Wiederholungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

(10) Den Studierenden ist die Bewertung von Prüfungsleistungen auf geeignete Weise bekannt zu geben.

§16

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" bewertet, wenn Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheinen oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktreten. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins oder für den Rücktritt nach Beginn einer Prüfung geltend gemachten Gründe müssen dem Vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei betrieblichen Gründen ist eine Bestätigung durch den Arbeitgeber vorzulegen. Erfolgt Versäumnis oder Rücktritt erstmals wegen Krankheit, so muss die Prüfungsunfähigkeit durch ein ärztliches Attest nachgewiesen werden. Ab der zweiten Krankmeldung im Studienverlauf ist ein amtsärztliches Attest vorzulegen oder ein qualifiziertes Attest des behandelten Arztes oder psychologisches Gutachten einer oder eines gem. PschThG approbierten Psychotherapeutin oder Psychotherapeuten. Letzteres muss Angaben zur Dauer der Erkrankung, zu Terminen der ärztlichen / psychotherapeutischen Behandlung, zu Art und Umfang der Erkrankung unter Angabe der von der Ärztin oder des Arztes, der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten aufgrund eigener Wahrnehmung getroffenen Tatsachenfeststellung (Befundtatsachen) sowie zur Auswirkung der Erkrankung auf die Prüfung enthalten und für medizinische Laien verständlich formuliert sein. Die Kandidatin oder der Kandidat muss das Attest unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Verzögern, spätestens bis zum dritten Tag nach dem Prüfungstermin bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vorlegen. Der Krankheit von Studierenden steht die Krankheit eines von ihnen allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen gleich. Werden die Gründe anerkannt, wird ein neuer Termin gem. § 18 (3) anberaumt.

(3) Versuchen Studierende, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung für diese Studierenden als mit "nicht ausreichend" bewertet. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet.

(4) Entscheidungen nach Abs. 0 sind vom Prüfungsausschuss den Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§17

Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle dem Studiengang zugeordneten Module gemäß § 1 Abs. 2 bestanden sind. Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeit einer Prüfung erfolglos ausgeschöpft wurde.

(2) Haben Studierende ein Modul gem. § 1 Abs. 2 endgültig nicht bestanden, erhalten sie hierüber einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung.

(3) Haben Studierende die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihnen auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen ausgestellt. Die Ausstellung der Bescheinigung in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§18

Wiederholung von Prüfungen und Abschlussarbeit

(1) Prüfungen, mit Ausnahme der Abschlussarbeit, die nicht mindestens mit "ausreichend" bewertet worden sind, können zweimal wiederholt werden. Im Falle des letzten Wiederholungsversuchs wird die Prüfung als mündliche Prüfung durchgeführt. Nicht bestandene Prüfungen an einer anderen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen, soweit sie Prüfungen aus dem in dieser Prüfungsordnung geregeltem Studiengang entsprechen.

(2) Eine nicht bestandene Abschlussarbeit kann nur einmal mit einem neuen Thema wiederholt werden. Sie muss innerhalb von 4 Wochen nach Datum des Bescheids über das Nichtbestehen neu angemeldet werden. Die Rückgabe des Themas gemäß § 13 Abs. 5 Satz 3 ist ausgeschlossen.

(3) Die Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abzulegen.

(4) Für Wiederholungsprüfungen können zusätzliche Prüfungstermine angeboten werden. Absatz (3) bleibt davon unberührt.

§19

Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen

(1) An einer anderen Hochschule erbrachte Leistungen werden grundsätzlich anerkannt, sofern sie nicht zur Zulassungsvoraussetzung für den Studiengang zählen. Hiervon kann nur dann abgewichen werden, wenn durch den Prüfungsausschuss wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen nachgewiesen und begründet werden. Bei Nichtanerkennung sind die Gründe den Studierenden schriftlich und mit Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen. Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen sind bei der Anerkennung zu beachten.

(2) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden in der Regel bis zur Hälfte des Hochschulstudiums anerkannt. Die Anerkennung erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Prüfungsausschuss, der sich der Unterstützung durch im Fachbereich tätige Hochschullehrer bedienen kann. Eine Anerkennung von Leistungen scheidet aus, wenn sie nicht gleichwertig sind.

(3) Werden Leistungen anerkannt, so werden Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Im Zeugnis wird eine Kennzeichnung der Anerkennung vorgenommen.

(4) Die Studierenden haben die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen bis zum Ende des ersten Semesters vorzulegen. Die Anerkennung von Leistungen in fachlich verwandten Studiengängen erfolgt von Amts wegen, in anderen Studiengängen auf Antrag.

§20

Bildung der Gesamtnote, Zeugnis

(1) Für die Bewertung der Masterprüfung wird eine Gesamtnote gebildet, die sich aus den Noten der Module zusammensetzt.

(2) Die Gesamtnote der Masterprüfung wird als gewichtete Durchschnittsnote berechnet. Die Gewichtung erfolgt nach den Credit-Points der einzelnen benoteten Module gemäß Anlage 2 – 5 (Studienverlaufsplan). Bei der Bildung der Noten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

Die Bezeichnungen der Noten lauten:

bei einem Durchschnitt bis 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt über 4,0	= nicht ausreichend.

(3) Bei überragenden Leistungen (Gesamtnote 1,0 bis 1,3) wird das Gesamturteil "Mit Auszeichnung bestanden" erteilt.

(4) Über die bestandene Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält neben hochschulspezifischen Angaben folgende weitere Daten:

- Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort der oder des Studierenden,
- Bezeichnung des Studiengangs,
- die Bezeichnungen und Noten der absolvierten Module mit den erworbenen Credit-Points,
- das Thema und die Note der Abschlussarbeit mit den erworbenen Credit-Points,
- die Gesamtnote mit den insgesamt erworbenen Credit-Points,
- auf Antrag der oder des Studierenden die bis zum Abschluss des Masterstudiums benötigte Fachstudiendauer,
- das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde (= Datum des Zeugnisses),
- die Unterschrift des vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses und
- das Siegel der Hochschule.

(5) Das Zeugnis gem. Absatz 0 wird in deutscher Sprache ausgestellt. Auf Antrag der Studierenden stellt die Hochschule zusätzlich eine Übersetzung in englischer Sprache aus.

(6) Mit dem Zeugnis wird der Absolventin oder dem Absolventen durch die Hochschule ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Model“ der Europäischen Union nach den Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ausgehändigt. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems ist der zwischen der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Es enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm inkl. der gewählten Vertiefung, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem. Das Diploma Supplement trägt das Datum des Zeugnisses und wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.

(7) Die Ausstellung des Zeugnisses und des Diploma Supplements in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§21 Urkunde

- (1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird die Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet.
- (2) Die Masterurkunde wird von der Präsidentin bzw. dem Präsident der Hochschule und dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.
- (3) Die Ausstellung der Urkunde in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

III. Schlussbestimmungen

§22

Ungültigkeit der Masterprüfung

- (1) Haben Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise als nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (3) Den Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Urkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung als "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 0 und Absatz 0 Satz 2 ist nach einer Frist von zwei Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§23

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Die Studierenden können sich über Teilergebnisse der Prüfung vor Abschluss der Prüfung unterrichten.
- (2) Innerhalb eines Jahres nach Datum des Zeugnisses der Masterprüfung wird den Studierenden auf Antrag Einsicht in ihre Prüfungsakten gewährt.

§24

Inkrafttreten

- (1) Die Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Nicht einschlägig.
- (3) Nicht einschlägig.
- (4) Nicht einschlägig.

Koblenz, den 08.06.2015

Der Dekan des Fachbereiches Sozialwissenschaften
Prof. Dr. Günter Friesenhahn

Anlage 1 „Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation mit der eines grundständigen Studiums (Eignungsprüfung) in dem weiterbildenden Fernstudiengang Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften“ zur Zulassung zum Studium an der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften, vom 08.06.2015

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2, des § 35 Abs. 1 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt geändert Gesetz vom 24. Juli 2014 (GVBl. S. 125) sowie des § 3 Abs. 4 der Ordnung für die Prüfung in dem weiterbildenden Fernstudiengang „Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften“ an der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften, vom 08.06.2015 (Amtliches Mitteilungsblatt der Hochschule Koblenz Nr. 05/2015 vom 01.07.2015, S. 91), hat der Dekan des Fachbereiches Sozialwissenschaften am 20.05.2015 per Eilentscheidung die Anlage 1: „Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation mit der eines grundständigen Studiums (Eignungsprüfung) in dem weiterbildenden Fernstudiengang Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften“ zur Zulassung zum Studium an der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften beschlossen.

Diese Eignungsprüfungsordnung wurde mit der Prüfungsordnung dieses Studienganges durch den Präsidenten der Hochschule Koblenz am 27.05.2015 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gegeben.

§ 1
Prüfungsberechtigte

(1) Das Verfahren ist anzuwenden auf Studienbewerberinnen und Studienbewerber zum weiterbildenden Fernstudiengang “Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften” (MAKS) an der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften.

(2) Gemäß § 35 Absatz 1 HochSchG i.V. mit § 65 Absatz 1 und Absatz 2 HochSchG können sich folgende Personen, die nicht über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen (beruflich Qualifizierte), für eine Eignungsprüfung bewerben, wenn sie über eine mindestens dreijährige einschlägige Berufstätigkeit nach Erlangung des Hochschulzugangs verfügen und diese nachweisen:

1. Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife,
2. Personen, die eine berufliche Ausbildung mit qualifiziertem Ergebnis gemäß § 3 in Verbindung mit §§ 1, 2 der Landesverordnung über die unmittelbare Hochschulzugangsberechtigung beruflich qualifizierter Personen vom 9. Dezember 2010 abgeschlossen haben,
3. Personen, die eine Meisterprüfung oder vergleichbare Prüfungen abgeschlossen haben.

Die entsprechenden Nachweise sind der Zentralstelle für Fernstudien an Hochschulen (ZFH), in beglaubigter Form vorzulegen. Die Prüfung kann im Rahmen der Vereinbarungen der Hochschule Koblenz mit der ZFH an diese übertragen werden.

(3) Die Eignungsprüfung dient der Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation mit der eines abgeschlossenen grundständigen Studiums.

§ 2 Fristenregelungen

Die Meldefrist zur Eignungsprüfung endet jeweils am 31. Mai bei Bewerbungen für das darauf folgende Wintersemester. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 3 Eignungsprüfungsausschuss

(1) Die Durchführung und die Abnahme der Eignungsprüfung erfolgt durch den Eignungsprüfungsausschuss.

(2) Der Eignungsprüfungsausschuss besteht aus mindestens zwei Professorinnen oder Professoren des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz. Diese werden vom Prüfungsausschuss festgelegt.

§ 4 Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikationen

(1) Die Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikationen von beruflich Qualifizierten mit einem grundständigen Studium wird anhand der folgenden Verfahren überprüft (Eignungsprüfung):

1. Prüfung durch schriftliche Darlegung der Motivation für die Wahl des Studiengangs MAKS anhand eines entsprechenden Schreibens von bis zu zwei DIN A4-Seiten, aus dem der Zusammenhang zwischen einschlägiger Berufserfahrung, angestrebtem Studiengang inklusive angestrebter Vertiefung und beruflichen Zukunftsplänen deutlich hervorgeht. Für die einzelnen Vertiefungen des MAKS kann ergänzend zum Motivationsschreiben ein Empfehlungsschreiben auskunftsfähiger Personen oder Institutionen vorgesehen werden, wenn damit die Eignung besser nachgewiesen werden kann.

2. Prüfung durch schriftliche Darlegung der beruflichen Erfahrungen und fachlichen Kompetenzen auf den Gebieten der Kindheitspädagogik, der Sozialen Arbeit bzw. des Sozialmanagements. Dies dient insbesondere der Prüfung der fachlichen Kompetenz auf den Gebieten der Kindheitspädagogik, der Sozialen Arbeit bzw. des Sozialmanagements. Die beschriebenen Erfahrungen und Kompetenzen sind durch geeignete Nachweise zu belegen

3. Prüfung der methodischen Kompetenz anhand eines rund 20-minütigen Vortrages zu einem Thema aus der bisherigen einschlägigen Berufspraxis der Bewerberin oder des Bewerbers mit einer Präsentation und anschließender Diskussion. Gruppengespräche mit bis zu drei Bewerberinnen oder Bewerbern sind zulässig, wobei das Gruppengespräch maximal eine Stunde dauern soll. Die Auswahlkommission legt fest, ob Einzel- oder Gruppengespräche geführt werden. Auf Antrag kann die zentrale Gleichstellungsbeauftragte oder die des Fachbereiches an dem Prüfungsgespräch teilnehmen. Auf Antrag von Menschen mit Behinderungen und/oder Beeinträchtigungen kann die oder der Beauftragte für die Belange Studierender mit Behinderung an dem Prüfungsgespräch teilnehmen.

(2) Die Teilleistungen nach § 4 Abs. 1 Nr.1, 2 und 3 werden mit jeweils 25 Punkten bewertet.

(3) Bei der Bewertung der Motivation zur Wahl des Studiengangs nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 können insgesamt 25 Punkte nach folgenden Kriterien vergeben werden:

- nachvollziehbare berufliche Ziele und Perspektiven (5 Punkte),
- plausible Gründe für die Wahl des Studiengangs (5 Punkte),
- schlüssige Reflexion des bisherigen beruflichen Werdegangs im Hinblick auf die Inhalte des Masterstudiengangs (15 Punkte).

(3) Die beruflichen Erfahrungen und die fachliche Kompetenz gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt bewertet:

- bis zu 10 Punkte für bisherige Berufspraxis auf einem der Gebiete Kindheitspädagogik, Soziale Arbeit bzw. Sozialmanagement
- bis zu 10 Punkte für bisherige Leitungstätigkeit und/oder Fort- und Weiterbildung(en) auf den Gebieten der Kindheitspädagogik, Sozialen Arbeit bzw. des Sozialmanagements
- bis zu 5 Punkten für sonstige Fähigkeiten/Fertigkeiten auf den Gebieten Kindheitspädagogik, Soziale Arbeit bzw. Sozialmanagement (z.B. berufspraktische Auslandserfahrung, Fremdsprachenkenntnisse, sonstige Marketingkenntnisse/-erfahrungen, sonstige Erfahrungen/Kenntnisse auf dem Gebiet des Kinderschutzes, sonstige Erfahrungen/Kenntnisse auf dem Gebiet der Bewegungs- und Gesundheitsförderung, sonstige Erfahrungen/Kenntnisse im Bereich Kreativität und Kultur, Nachweis freiwilliger sozialer Tätigkeiten im Feld der Kindheitspädagogik, Sozialen Arbeit bzw. des Sozialmanagements). Die Vergabe von Zusatzpunkten für herausragende nachgewiesene Kenntnisse/Fähigkeiten auf einem der beispielhaft aufgezählten Gebiete ist im Ausnahmefall möglich.

(4) Die Bewertung des mündlichen Vortrages mit anschließender Diskussion nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 erfolgt nach folgendem Bewertungsmaßstab:

23 - 25 Punkte	= eine hervorragende Leistung
20 – 22 Punkte	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
17 - 19 Punkte	= eine sehr gute Leistung, die deutlich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
14 – 16 Punkte	= eine gute Leistung, die die durchschnittlichen Anforderungen übersteigt
11 - 13 Punkte	= eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht
8 – 10 Punkte	= eine Leistung, die unterdurchschnittlichen Anforderungen entspricht
5 – 7 Punkte	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
1 – 4 Punkte	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nur geringfügig genügt
0 Punkt	= eine Leistung, die nicht den Anforderungen entspricht.

Über den Verlauf und das Ergebnis des mündlichen Teils ist eine Niederschrift anzufertigen, die die Namen der Teilnehmenden, den Zeitpunkt, den Ort, die Dauer sowie die Inhalte, die erreichte Punktezahl und das Ergebnis des Prüfungsgesprächs einschließlich einer kurzen inhaltlichen Begründung festhält. Sie ist von den Mitgliedern der Auswahlkommission zu unterzeichnen.

(6) Die Punktwerte aller drei Teilleistungen sind bei der Feststellung der Gesamtpunktzahl wie folgt zu gewichten: die für die schriftlichen Teile gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ermittelte Punktzahl wird jeweils einfach gewichtet und die für die mündliche Prüfung gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3 ermittelte Punktzahl wird doppelt gewichtet.

(7) Bestanden ist die Eignungsprüfung, wenn mindestens 50 Punkte im Verfahren erreicht wurden. Das Prüfungsergebnis sieht eine Aufteilung nach den drei Prüfungsteilen vor; eine Benotung erfolgt nicht.

(8) Das Ergebnis des Eignungsprüfungsverfahrens wird der Bewerberin oder dem Bewerber vom Eignungsprüfungsausschuss mitgeteilt. Im Falle des Nichtbestehens erhalten die Bewerberinnen bzw. Bewerber einen begründeten Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(9) Die Auswahlkommission übermitteln die Ergebnisse der Eignungsprüfung an die zuständige Studierendenverwaltung.

(10) Über Widersprüche entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 5 Wiederholung

Die Eignungsprüfung kann maximal einmal nach frühestens einem Jahr wiederholt werden.

§ 6 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

Für Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstöße gelten die Regelungen der Prüfungsordnung entsprechend.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Anlage zur Ordnung für die Prüfung in dem weiterbildenden Fernstudiengang „Master of Arts: Kindheits- und Sozialwissenschaften“ tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der Hochschule Koblenz in Kraft.

Koblenz, den 08.06.2015

Prof. Dr. Günter Friesenhahn

Dekan des Fachbereiches Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz

Anlage 2: Studienverlaufsplan Vertiefung Management & Beratung (MB) Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistung

Studienverlaufsplan								Studienbeginn
Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistungen, Gewichtungen								WS
Modul-Nr.	Modulcode	Modulbezeichnung	CP	Regelsemester der Prüfungsleistungen (PL) und Studienleistungen (SL)				Gewichtung zur Bildung der Gesamtnote
				1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	
Basismodule								
1		Sozialwissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
2		Kindheitswissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
3		Ethik	5	SL				0
4		Forschungsmethodik	5	SL				0
Vertiefungsmodule								
SI 1		Supervision & Intervision 1	5		SL			0
MB 5		Qualitätsmanagement	5		PL			1
MB 6		Fachberatung	5		PL			1
MB 7		Evidenzbasiertes Management I: Administration, und Finanzierung	5		PL			1
MB 8		Evidenzbasiertes Management II: Steuerung und Leadership	5		SL			0
SI 2		Supervision & Intervision 2	5			SL		0
MB 9		Wirkungsorientiertes Controlling	5			SL		0
MB 10		Marketingforschung	5			PL		1
MB 11		Kommunikation und Coaching in von Diversität geprägten Settings	5			SL		0
MB 12		Lernende Organisation (Organisationsentwicklung)	5			PL		1
13		Internationale und interdisziplinäre kindheitswissenschaftliche Diskurse	5				PL	1
Abschlussarbeit								
14		Masterthesis	15				PL	3
Summe			90					

PL = Prüfungsleistung nach § 7 (2)

SL = Studienleistung nach § 7 (3)

CP = Credit-Points

Anlage 3: Studienverlaufsplan Vertiefung Kinderschutz & Diagnostik (KD) Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistung

Studienverlaufsplan								Studienbeginn
Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistungen, Gewichtungen								WS
Modul-Nr.	Modulcode	Modulbezeichnung	CP	Regelsemester der Prüfungsleistungen (PL) und Studienleistungen (SL)				Gewichtung zur Bildung der Gesamtnote
				1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	
Basismodule								
1		Sozialwissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
2		Kindheitswissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
3		Ethik	5	SL				0
4		Forschungsmethodik	5	SL				0
Vertiefungsmodule								
SI 1		Supervision & Intervision 1	5		SL			0
KD 5		Theorien und rechtliche Rahmenbedingungen des Kinderschutzes	5		PL			1
KD 6		Kinderschutz im Kontext (kommunal) politischer Besonderheiten	5		PL			1
KD 7		Gefährdungssymptomatik und Diagnostikverfahren in der Kindheit I	5		PL			1
KD 8		Gefährdungssymptomatik und Diagnostikverfahren in der Kindheit II	5		SL			0
SI 2		Supervision & Intervision 2	5			SL		0
KD 9		Bezugswissenschaftliche Zugänge zum Fallverstehen	5			SL		0
KD 10		Fall- und Fehleranalysen	5			PL		1
KD 11		Gesprächsführung und Kommunikation mit Kindern, Angehörigen und anderen Kinderschutzakteuren	5			SL		0
KD 12		Trauma und Interventionen	5			PL		1
13		Internationale und interdisziplinäre kindheitswissenschaftliche Diskurse	5				PL	1
Abschlussarbeit								
14		Masterthesis	15				PL	3
Summe			90					

PL = Prüfungsleistung nach § 7 (2)

SL = Studienleistung nach § 7 (3)

CP = Credit-Points

Anlage 4: Studienverlaufsplan Vertiefung Bewegung & Gesundheit (BG) Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistung

Studienverlaufsplan Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistungen, Gewichtungen								Studienbeginn WS
Modul- Nr.	Modulcode	Modulbezeichnung	CP	Regelsemester der Prüfungsleistungen (PL) und Studienleistungen (SL)				Gewichtung zur Bildung der Gesamtnote
				1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	
Basismodule								
1		Sozialwissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
2		Kindheitswissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
3		Ethik	5	SL				0
4		Forschungsmethodik	5	SL				0
Vertiefungsmodule								
SI 1		Supervision & Intervision 1	5		SL			0
BG 5		Theorien zu Bewegung und Gesundheit in Bildung und Förderung	5		PL			1
BG 6		Entwicklung in der Kindheit	5		PL			1
BG 7		Konzepte der Pathogenese, Salutogenese und Resilienz	5		PL			1
BG 8		Selbsterfahrung in der Bewegung	5		SL			0
SI 2		Supervision & Intervision 2	5			SL		0
BG 9		Multiperspektivische und inklusive Ansätze und Konzepte	5			SL		0
BG 10		Beobachtung, Diagnostik und Evaluation	5			PL		1
BG 11		Kommunikation in der Gesundheits- und Bewegungsförderung	5			SL		0
BG 12		Innovative Konzepte der Bewegungs -und Gesundheitsförderung	5			PL		1
13		Internationale und interdisziplinäre kindheitswissenschaftliche Diskurse					PL	1
Abschlussarbeit								
14		Masterthesis	15				PL	3
Summe			90					

PL = Prüfungsleistung nach § 7 (2)

SL = Studienleistung nach § 7 (3)

CP = Credit-Points

Anlage 5: Studienverlaufsplan Vertiefung Kreativität & Kultur (KK) Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistung

Studienverlaufsplan								Studienbeginn
Regelsemester, Prüfungsleistungen, Studienleistungen, Gewichtungen								WS
Modul-Nr.	Modulcode	Modulbezeichnung	CP	Regelsemester der Prüfungsleistungen (PL) und Studienleistungen (SL)				Gewichtung zur Bildung der Gesamtnote
				1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	
Basismodule								
1		Sozialwissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
2		Kindheitswissenschaftliche Diskurse	5	PL				1
3		Ethik	5	SL				0
4		Forschungsmethodik	5	SL				0
Vertiefungsmodule								
SI 1		Supervision & Intervention 1	5		SL			0
KK 5		Theorien von Kunst und Kulturpädagogik	5		PL			1
KK 6		Dimensionen und Aspekte der kreativen Entwicklung	5		PL			1
KK 7		Analyse und Konzeptentwicklung von künstlerischen und kulturellen Projekten	5		PL			1
KK 8		Impression und Expression	5		SL			0
SI 2		Supervision & Intervention 2	5			SL		0
KK 9		Multiperspektivische Intervention	5			SL		0
KK 10		Fall- und Projektanalysen	5			PL		1
KK 11		Gesprächsführung und Kommunikation in von Diversität geprägten Settings	5			SL		0
KK 12		Ausgewählte Therapiekonzepte	5			PL		1
13		Internationale und interdisziplinäre kindheitswissenschaftliche Diskurse	5				PL	1
Abschlussarbeit								
14		Masterthesis	15				PL	3
Summe			90					

PL = Prüfungsleistung nach § 7 (2)

SL = Studienleistung nach § 7 (3)

CP = Credit-Points

Beschlussorgan: Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften

Entwurfsverfasser/in: M.A. Annika Göbel-Reinhardt